

Für die CDU-Fraktion erläuterte Herr Puffe den Antrag.

Frau Bergmann-Gries begrüßte die Haltung der CDU-Fraktion. Dem Antrag werde daher seitens der SPD-Fraktion zugestimmt. Sie bat die Verwaltung im Falle einer Anmietung um Mitteilung der Miethöhe sowie die konzeptionelle Nutzung der dann zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten vorzustellen. Dabei müsse insbesondere der Kinderschutzbund einbezogen werden.

Herr Lübken erläuterte, dass seitens der Verwaltung bereits ein Konzept für ein erweitertes und optimiertes Angebot für Kinder und Jugendliche entwickelt wurde. Dabei wurde insbesondere das Anliegen der integrativen Angebote für den unmittelbaren Sozialraum fortentwickelt. Verhandlungen mit dem Vermieter seien bereits aufgenommen und Konditionen ausgehandelt worden. Der kurzfristige Abschluss eines Mietvertrages sei möglich. Dies setze jedoch voraus, dass der Abschluss des Mietvertrages als Geschäft der laufenden Verwaltung angesehen werden könne. Die Konzeption werde anschließend in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.11.2009 vorgestellt.

Gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise wurden keine Einwände erhoben.